

Wie wollen wir in Zukunft leben?

Gedanken zum Jahreswechsel 2021/2022

Vor einem Jahr schrieb ich:

Wann ist das endlich vorbei, wann wird es wieder ein normales Leben geben?

Diese Frage treibt viele von uns ein Jahr später immer noch um, überzeugende Antworten darauf gibt es nicht. Und das zurückliegende Jahr war nicht von Hoffnungen, sondern von Schlagzeilen geprägt wie: Sturm aufs Capitol, Corona, 3. und 4. Welle, Delta, Omikron, Impfen, Impfen ..., Überschwemmung im Ahrtal, Waldbrände in Griechenland, Rückzug aus Afghanistan, Flüchtlinge an der belorussisch-polnischen Grenze, Anti-Corona-Demos und Proteste von Friday for Future sogar in Deutschland. Da wurden deutsche Wahlkämpfe der etablierten Parteien fast zur Nebensache.

Im November 2021 wurden für die Bundesrepublik und für Berlin neue Koalitionsverträge geschlossen. Eine neue Parteienkonstellation im Bund aus SPD, Grünen und FDP schwört auf künftige Gemeinsamkeit. "Mehr Fortschritt wagen" versprechen die Ampel-Partner, ein Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit soll es sein. Die Koalitionspartner in Berlin aus SPD, Grünen und Linken wollen eine „Zukunftshauptstadt Berlin“ schaffen, „sozial, ökologisch, vielfältig, wirtschaftsstarke“. Große Worte, große Versprechungen. Der neue Bundeskanzler Olaf Scholz ist gewählt, die neue Bundesregierung handlungsfähig, in Berlin ist jetzt eine Frau Regierende Bürgermeisterin. Aus Absichten müssen nun Aktionen werden.

Es ist viel die Rede von Investitionen in die Zukunft, von Innovationen, von Kreativität, womit den globalen Herausforderungen begegnet werden soll. In der Neujahrsrede von Kanzler Olaf Scholz hört sich das so an: „Herausforderungen entschlossen annehmen, alle zusammen anpacken, riesige Solidarität, überwältigende Hilfsbereitschaft, neues Zusammenrücken, starke Gemeinschaft, Respekt voreinander, schnell und entschlossen reagieren, Jahrzehnt des Aufbruchs, ehrgeizige Ziele, massive Investitionen neuen Wohlstand, gute Arbeitsplätze, Gemeinschaft, Respekt, Anerkennung und gute Lebenschancen für alle, Fortschritt für eine bessere Welt, Europa, gemeinsame Werte, Frieden, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie, eine neue Zeit, aktiv gestalten, unser Schicksal entschlossen selbst in die Hand nehmen, zusammen bleiben.“ Solche Phrasen haben wir mit anderen Vokabeln früher auch gehalten, diese Rede ist fern vom realen Leben. Seine Ampel glaubt daran, mit neuem Wachstum der Wirtschaft alle Probleme zu lösen. Ein neuer Fortschritt soll's richten! Zugrunde? Kein vernünftig Denkender wird von den heute Regierenden verlangen, dass sie den Kapitalismus abschaffen und eine ideale Gesellschaft konstruieren können. Aber ein bisschen mehr Realitätssinn wäre schon wünschenswert. Sein Vizekanzler von den Grünen befürchtet ja schon Frust und Widerstand.

Es gibt nicht wenige kluge Leute, die die Ursachen der Probleme unserer Zeit in dem Wachstumswahn und Konsumismus sehen und Vorschläge für ein Postwachstum machen. Schon der Club of Rome hatte vor Jahren laut gerufen: „1 Prozent Wachstum ist genug!“ Warum verweigert sich die Politik solchen Überlegungen? Sind alle nur kapitalgetrieben, oder haben sie Angst, dem Wählervolk die Wahrheit zu offenbaren?

Ich stelle mir nur zwei Fragen: Welche Lebensweise ist in unserer Zukunft angemessen? Wie wollen wir in Zukunft leben? Wahrscheinlich retten nicht die Regierenden die Welt, sondern nur die Regierten. Und es wäre gut, wenn es zwischen beiden zu einem Bündnis käme. Das verlangt mehr Ehrlichkeit und Wahrheit, mehr gegenseitige Zumutungen, das erfordert wirklich Ideen jenseits des Kapitalinteresses, das braucht Mut und Entschlossenheit. Und es ist nicht ausgemacht, dass die westliche Demokratie dieser Herausforderung vollkommen gerecht wird. Schon wird auch hier der Ruf nach dem Staat lauter. Diktatur und Autokratie ist aber keinesfalls wünschenswert.

Und dann stehen wir noch vor dem Problem, dass unsere Wohlstandsprobleme andere sind als in anderen Teilen der Welt, wo es nicht um das Wie-anders-Leben geht, sondern um das Überleben.

Nehmen wir nur mal das Hauptproblem unserer Zeit, den Klimawandel. Da wird palavert über Ausstieg aus Kohle, Erdöl und Gas, über Dekarbonisierung, über mehr erneuerbare Energie. Aber gleichzeitig wird der **Energieverbrauch** steigen. Müsste eigentlich dieser nicht generell sinken? Um Wasserstoff in Autos und Flugzeugen zu verbrennen, bedarf es aber noch mehr Strom. Der Strombedarf der Chemie- und Stahlindustrie wird immens steigen. Damit Elektroautos durch die Stadt und übers Land fahren können, brauchen sie Strom. Selbst immer komfortablere E-Bikes und E-Roller, ständig neue Smartphones, die Nutzung der Mediatheken und Streamingdienste, die gesamte Digitalisierung treiben den Stromverbrauch nach oben, von den dazu zusätzlich benötigten Materialien wie Lithium, Kupfer, Plastik usw. sowie den Stromtrassen und neuen Leitungen bis in jedes Haus und zu jeder Ladestation gar nicht zu sprechen. Man schaue sich nur mal in den Märkten um, was heute alles mit Strom betrieben wird, egal ob aus der Leitung oder aus einer Batterie, egal ob Kinderspielzeug oder früher handgetriebene Küchengeräte, ob unnütze Garten- oder Fensterbeleuchtung. Gerade am Black Friday und Cyber Monday wird besonders deutlich, dass irgendwann wirklich ein Blackout droht. Stattdessen wird aber der Eindruck erweckt, dass wir das alles mit erneuerbarem Strom lösen werden (oder in Frankreich eben mit Atomstrom). Kann das gut gehen? Schon hat der neue grüne Wirtschaftsminister angekündigt, dass Deutschland in den nächsten zwei Jahren die Klimaziele verfehlen wird. Noch mehr Windräder vor der Haustür? Man rechnet mit Frust und Protesten. Als Kind habe ich mal an einer Aktion der Pioniere teilgenommen, die hieß „Wattfraß“, zielte auf die Senkung des Stromverbrauchs und sollte helfen, Stromabschaltungen zu vermeiden. Ich wünsche mir, dass in Politik und Wirtschaft, in Medien und Werbung mehr für die radikale Senkung des Stromverbrauchs getan wird.

Ich selbst bin aufgewachsen in einer Zeit, da waren wir froh, wenn wir unseren **täglichen Bedarf** an Essen und Trinken, an Kleidung und Bildung decken konnten. Das waren keine guten Zeiten. Aber da interessierte uns keine Werbung (gab es auch gar nicht), wir kauften, was wir brauchten und was wir gerade bekamen, nicht was uns eingeredet wurde, es zu benötigen. Natürlich blieben Wünsche offen, und nicht alle konnten mit zusätzlichen Westpaketen erfüllt werden. Aber diese Bescheidenheit hat uns menschlich auch nicht geschadet, aber Ressourcen geschont. Der größte Ressourcenverbrauchstreiber ist aber heute die kapitalistische Werbung, die immer mehr ein Wohlstandsstreben generiert, was nicht Ressourcen schont, sondern deren Verbrauch stimuliert. In der Zeit der Pandemie war es wohlthuend zu spüren, dass viele Menschen plötzlich wieder erkannten, was sie wirklich brauchten und nur aus diesem Grunde Läden aufsuchten. Sollte das nicht vielleicht der normale Zustand sein? Könnte man nicht auch das ganze Papier für Werbeprospekte, für Plakate und Anzeigeseiten in Zeitungen einsparen? Und die nervenden Werbespots im Fernsehen gleich mit? Oder gehört dieser Werbemüll heute schon zur heiligen Kultur unserer Zeit? Meine Meinung: Jeder soll kaufen können, was er möchte, aber Schluss mit der Manipulierung sinnloser Wünsche. Sichert uns vielleicht weniger Konsum doch einen angemessenen Wohlstand?

Ein dringendes Problem unserer Zeit sind bezahlbare **Wohnungen** in den Städten, besonders in den Boomstädten. Viele Menschen wären froh, eine Wohnung mit einem Standard sich leisten zu können, wie er in Plattenbauten der DDR-Zeit üblich war. In der öffentlichen Wahrnehmung gelten solche Lebensverhältnisse heute aber schon oft als prekär und werden manchmal sogar verspottet oder geschmäht. In den Möbelkatalogen werden stattdessen Einrichtungen für Villen oder Großraumwohnungen angepriesen, die sich nur wenige leisten können. In Fernsehfilmen gibt es fast nur solche Quartiere, nur das kriminelle Milieu wohnt in bescheidenen Unterkünften. Von den Möbelkonzernen hat nur IKEA mit seinen kleinen Zimmerangeboten etwas an der Schraube nach unten gedreht. An den überbordenden Wohnphantasien richten sich mehr und mehr aber auch die Immobilienunternehmen aus. Wohnen wird als Luxus vermarktet, nicht als Grundbedarf für ein würdiges Leben. Mehrfach wurde ich von Fernsehjournalisten hinsichtlich meiner früheren und heutigen Wohnverhältnisse befragt. Meistens haben sie sich nur gewundert, dass ich in der Platte und in einer Wohnung einer Wohnungsbaugenossenschaft zufrieden lebe. Wenn die neue Ampelkoalition jährlich 400 000 Wohnungen bauen will, dann wünsche ich mir solche Wohnungen, die bezahlbar sind und einen angemessenen Wohnungsstandard haben. Ich hoffe darauf, dass sich Politik, kommunale, genossenschaftliche und private Wohnungsunternehmen auf einen Deal dazu einigen, weil ich nicht daran glaube, dass Enteignungen unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Bedingungen einen wirklichen Nutzen bringen.

Ein weiteres Reizthema ist die **Mobilität**. Niemand fragt mehr danach, welche Mobilität notwendig und wünschenswert ist. In meiner Kindheit waren wir in der Regel nur im Heimatort unterwegs, Fahrten in nicht zu weit entfernte Jugendherbergen oder Ferienlager waren Höhepunkte. Urlaubsreisen mit den Eltern gab es nur selten. Mein Vater war als Bauarbeiter die ganze Woche auswärts tätig, ich sah ihn nur am Wochenende. Es war gar nicht möglich, von der Arbeitsstelle täglich nach Hause zu kommen, er fuhr zweimal in der Woche mit der Eisenbahn. Stehen wir heute in unserem kleinen Opel-Corsa im Stau der PKWs auf einer Berliner Straße fragt man sich schon, warum diese Autos alle unterwegs sind und wir nicht selten von Straßenpanzern bedrängt werden. Einer der Gründe: In Berlin sind viele Menschen nach 1990 ins Berliner Umland gezogen. Zur Arbeit nach Berlin müssen sie jetzt täglich fahren, mit Regionalbahn, S-Bahn, Bus oder eben PKW. In frühkapitalistischen Zeiten und im Sozialismus wurden Wohnungen in der Nähe der Arbeitsstelle gebaut und angeboten. Darüber denkt heute kaum noch jemand mehr nach. Tesla baut in Grünheide eine Giga-Factory, die dort Arbeitenden wohnen in Berlin, Fürstenwalde oder sonst wo, nur nicht in der Nähe ihrer Arbeitsstelle. Das ist also ein strukturelles Problem, was individuelle Mobilität erzwingt. Momentan kommt dank der Pandemie hinzu, lieber im eigenen PKW als mit 3G im öffentlichen Verkehr zu fahren. Das Fahrrad kann für viele auch keine Lösung sein. Beim Bauen von Wohnungen und beim Bau von Arbeitsstätten sollte verstärkt darauf geachtet werden, keine weitere Mobilität zu stimulieren. Das gilt besonders auch für jene Gegenden, die ohnehin vom Strukturwandel betroffen sind. Neue Arbeitsplätze müssen heute dort entstehen, wo die Menschen wohnen.

Ein anderes Problem ist der Wandel der **Einkaufskultur** und die damit verbundene Vielzahl von Lieferfahrzeugen, die online bestellte Produkte dem Besteller zustellen. Die Anzahl der Paket- und Lieferdienste hat in den vergangenen Jahren – besonders unter Pandemiebedingungen – massiv zugenommen: DHL, Hermes, GLS, Amazon – die Marktführer, aber auch REWE, Hellofresh ... Muss nicht hier auch eine neue Struktur entwickelt werden? Vielleicht zentrale Ausgabestellen in Wohnnähe oder in vorhandenen Einkaufszentren, unabhängig vom jeweiligen Online-Shop? Es wird Zeit, dass die Pandemie uns nicht länger zwingt, in der Online-Bestellung sicheres Einkaufen zu wähen. Waren des täglichen Bedarfs sollten in Wohnortnähe erworben werden, die Online-Shops regulär besteuert und zur Versandkostenberechnung verpflichtet werden.

Notwendig scheint mir dringend eine generell neue **Einstellung zum Auto** zu sein. Jeder sollte für sich die Frage beantworten, wozu er das eigene Auto braucht. Die Politik setzt ausschließlich darauf, die bisherigen Verbrenner durch Elektroautos oder Benzin durch E-Fuels zu ersetzen, um damit der Autoindustrie eine Perspektive zu geben. Warum? Die damit verbundene Einsparung von fossilen Treibstoffen wird durch einen enormen Stromverbrauch ersetzt, besonders dann, wenn gar noch synthetische Kraftstoffe zum Einsatz kommen. Niemand sollte das Auto verboten werden, aber es ist dringend geboten, die Kaufanreize für jede Art von privaten Autos zu mäßigen oder zu unterbinden. Dazu gehören: Kaufprämien, steuerliche Begünstigungen wie Dienstwagenprivilegien, unterschiedliche Steuern für Kraftstoffe, aber auch Werbung für Autos oder Publizierung eines autogetriebenen Lebensstils in den Medien. Wenn schon ein Stopp für Verbrenner, dann sollte mit den Typen mit dem höchsten Hubraum begonnen werden. Mächtige SUV sollten gar nicht mehr zugelassen werden, besser: aus der Mode kommen. Das Auto als Statussymbol – damit sollte Schluss sein. Auch die Produktion von Elektrofahrzeugen sollte sich nur auf kleinere Typen konzentrieren. Kaufanreize für private PKW können auch durch den Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs (elektrische Bahnen und Busse), durch moderne elektrogetriebene Taxis, Ausbau eines flexiblen Carsharing-Systems vermindert werden. Und ein Tempolimit auf den Autobahnen wäre für alle ein Segen, zumal es an vielen Stellen ja ohnehin schon gilt. Jedes städtische Wohngebiet und jedes Dorf sollten in vertretbaren Intervallen mit dem Öffentlichen Verkehr erreichbar sein. Die Fahrpreise sollten attraktiv sein, zumindest Rentner, Schüler/Studenten sollten kostenlos fahren können.

Voll unterstützt werden muss der Ausbau der Bahn zu einem leistungsfähigen und pünktlichen Verkehrsunternehmen, das weite **Reisen** mit dem eigenen Auto nicht unbedingt erforderlich macht. Wenn das der Deutschland-Takt schafft, wäre dies sehr zu begrüßen. Dass es künftig wieder mehr europäische Nachtzüge geben soll, halte ich für sinnvoll. Gerne würde ich mit dem Zug wieder nach Paris, Wien, Prag, Wrocław, Kopenhagen, Bozen oder nach Hamburg, München, Dresden, Chemnitz oder Leipzig fahren. Auch sollte es mehr Möglichkeiten in der Bahn zum Mitführen von Fahrrädern und Fahrzeugen für Kinder geben. Ich habe nichts dagegen, den Preis für das Fliegen durch Kerosin-Besteuerung zu erhöhen. Große Weltreisen sollten Höhepunkte des Lebens sein, auf die man spart, nicht selbstverständlich jedes Jahr oder jedes Weihnachten. Gern erinnere ich mich an unsere Reisen nach Island, Korsika, Russland und Israel. Ich hoffe sehr darauf, nächstes Jahr ins Land der Götter fliegen zu können, nach Athen, Delphi und Olympia. Australien, Neuseeland, Namibia, Südafrika oder Peru kann ich mir auch am heimischen Fernseher ansehen. Dem durch die Pandemie erzwungenem Zuhausebleiben könnte man ja auch mal Positives abgewinnen. Wozu müssen eigentlich Ozeanriesen gebaut werden, um tagelang sich auf See zu langweilen und die wenigen Ausflugsziele am Ufer wie Venedig, Rom, Dubrovnik u.a. zu überfluten? Dieses irre Traumschiff-Bedürfnis muss doch deckelbar sein, wahrscheinlich am besten über den Preis.

Der neue Landwirtschaftsminister erntete sofort heftige Kritik als er nur davon sprach, gegen die Ramschpreise für **Lebensmittel** etwas zu tun und den Zucker- und Salzgehalt in Lebensmitteln zu regulieren. Die gewiss nicht armen Journalisten wurden sofort zu Anwälten der Armen in Deutschland und warnten davor, dass sich diese dann das Essen nicht mehr leisten könnten. Dabei ist das Anliegen des Ministers nur zu unterstützen, die hiesigen Bauern wollen leben und den Tieren soll es besser gehen. Armut muss anders bekämpft werden. Mindestlohn und Lohnerhöhungen sind ein Weg dazu. Schaut man sich aber in hiesigen Supermärkten um, dann kann man nur den Kopf schütteln. Wer braucht jetzt am Jahresende frische Erdbeeren aus Marokko oder Blaubeeren aus Peru? Wieso gibt es hier Kräuter aus Israel, die dort noch zusätzlich für Wasserknappheit sorgen? Ich kaufe auch kein neuseeländisches Lamm oder Steaks aus Argentinien. Überlegen wirklich alle Veganer, woher ihre Produkte kommen und was für ein Aufwand für deren Produktion betrieben wird? Da ist ja vielleicht eine einheimische Gans doch nicht so unökologisch wie behauptet. Zu

Silvester gibt es bei uns Karpfen aus einheimischen Gewässern und nicht Barsch aus dem Victoriasee. Ich halte es für richtig, die Angebote in den Märkten gründlicher zu kontrollieren, bin für Normen hinsichtlich des Zucker- oder Salzgehalts in Fertigprodukten, vor allem, wenn es um Nahrung für Kinder geht. Und die aufwändige Plastik-Verpackung kann gerne eingespart werden, so wie es jetzt in Frankreich per Gesetz vorgeschrieben werden soll.

Zentrales Thema unserer Zeit ist unser aller **Gesundheit**. Nach zwei Jahren Corona-Pandemie sollte doch endlich verstanden werden, wie wichtig das öffentliche Gesundheitswesen ist. Aber außer Panikmache und Finanzhilfen für Schäden der Pandemie ist wenig passiert, besser mit solchen Situationen umzugehen. Weder wurden die Pflegekräfte besser bezahlt noch die Struktur des Gesundheitswesens verändert, im Gegenteil, es gibt heute weniger Intensivbetten als vor der Pandemie. Jetzt klagen gar die auf Ökonomie gedrillten Krankenhäuser über finanzielle Probleme. Die Gesundheitsämter sind nicht einmal in der Lage, die Statistiken korrekt zu pflegen, gleich gar nicht gibt es Erkenntnisse über die Ansteckungswege der Infizierten. Die teuren Corona-Warn-App und die Luca-App haben nichts gebracht, ich habe mich ihnen zu Recht verweigert. Die öffentliche Kommunikation ist verheerend. Obwohl eine nationale epidemische Notlage herrscht, wird diese juristisch abgeschafft. Erst sollen Impfskeptiker durch Bezahlen der Tests zum Impfen gezwungen werden, dann werden die Tests wieder unentgeltlich. Impfzentren werden geschlossen, um vier Wochen später dringend gebraucht zu werden. Das Ausweisen von Risikogebieten durch das RKI hat einen starken nationalistischen Touch. Impfverweigerer werden öffentlich beschimpft, kein Wunder, wenn sie sich per Demo wehren. Die Patente für den Impfstoff werden nicht freigegeben, obwohl alle wissen, dass die Pandemie nur international besiegt werden kann. Vom Verfall bedrohte Vakzine werden solidarisch gespendet. Über UNICEF habe ich selbst für das Impfen in der 3. Welt gespendet. Es drängt sich mehr und mehr aber der Verdacht auf, dass die ganze Impfkation auch stark profitgetrieben geführt wird. Die Stiko wird von der Politik getrieben, die Medien spielen mit. Plötzlich soll es eine Impfpflicht für alle richten. Wie oft muss man sich künftig spritzen lassen? Wann gilt man als geimpft? Ich bin dafür, dass sich alle impfen lassen, aber gegen eine gesetzliche Pflicht, solange nicht bewiesen ist, dass diese Impfung absolut hilft, die Pandemie zu beenden.

Die Pandemie hat uns klar aufgezeigt, welche große Bedeutung das gesellschaftliche **Zusammenleben** hat. Die Mehrheit der Bürger unterstützt die Maßnahmen der Regierung, ganz gleich wie wirksam und überzeugend sie waren. Eine Minderheit ist vehement dagegen. In der Gesellschaft gibt es mehr und mehr weniger Solidarität und Verständnis füreinander. Das Ich regiert, das Wir ist Illusion. Verzweifelt beschwört der Bundeskanzler, dass es keine Spaltung der Gesellschaft gebe. Er sollte mehr tun, durch kluge Politik die Risse zu kitten. Das betrifft nicht nur das Impfen, sondern auch viele andere Bereiche. Bürger protestieren gegen Windräder vor ihrer Haustür. Andere wenden sich gegen Wohnungsneubau in ihrer Nachbarschaft. Die sogenannte Identitätspolitik, die eigentlich Rechte ehemals Diskriminierter einklagt, führt wegen ihrer Rigorosität eher zum Protest jener, die niemand diskriminieren, zu denen ich gehöre. Mir ist es egal, ob Frau oder Mann oder divers, ob Deutscher oder Ausländer, ob Migrant oder Emigrant, ob arm oder reich, ob Hetero, Homo oder Lesbe, es sind alle Menschen. Nur wende ich mich entschieden dagegen, wenn einer aus einer dieser Gruppen über mich bestimmen will, wie ich zu sein habe. Deshalb bin ich auch gegen das neumodische Gendern in den Medien. Ich möchte, dass alle Menschen mit ihren Interessen gehört werden und der Staat und die Medien diese berücksichtigen. Aber ich möchte mich nicht entschuldigen müssen, wenn ich als Mann einfach zu diesem und jenem meine Meinung sage und dabei das Gendersternchen nicht sprechen möchte. Und ich möchte nicht, dass wir als Deutsche Martin Luther, Richard Wagner, Karl Marx u.a. aus unserem historischen Gedächtnis und auf Straßenschildern streichen.

Mir fiel auf, dass in dem neuen Koalitionsvertrag das **Internationale** erst am Schluss vorkommt. Früher war **Frieden** für alle mal das Wichtigste. So dachte ich bisher auch über Olaf Scholz, mit dem ich 1987 gemeinsam auf einem Olof-Palme-Friedensmarsch in der Lutherstadt Wittenberg gegen Atomwaffen in Europa unterwegs war. Egal: Frieden bleibt immer noch die zentrale Frage. Deshalb halte ich es für fahrlässig, wenn die neue Außenministerin angeblich wertegedrieben Russland und China martialisch droht und nicht wenigstens gleichermaßen den USA. Nach Trump hatten wir uns wieder versprochen, dass die Politik der friedlichen Koexistenz wieder auflebt. Jetzt soll es zwischen den USA, der NATO und Russland doch neue Verhandlungen geben. Ein Hoffnungsschimmer. Ich wende mich entschieden dagegen, dass immer einseitig Putin- oder China-Bashing betrieben wird und die russischen oder chinesischen Interessen keine Berücksichtigung finden. Was wollen Bundeswehrsoldaten in Litauen oder in anderen Regionen? Reicht es nicht mit dem Desaster in Afghanistan? Was sollen Waffen für die Ukraine? Was sollen Waffenexporte überhaupt? Warum muss der Verteidigungshaushalt unbedingt auf Drängen der USA erhöht werden? Wozu braucht die Bundeswehr bewaffnete Drohnen? Und warum immer noch Atomwaffen auf deutschem Boden? Ich wünsche mir eine europäische Friedenspolitik, die auf Frieden und Abrüstung setzt, die Dialog fördert und Konfrontation vermeidet.

Die Regierung und die Corona-Experten machen uns für das neue Jahr leider wenig Hoffnung. Angeblich soll die Pandemie noch weitere Jahre anhalten. Wahrscheinlich müssen wir uns ständig weiter impfen, Maske tragen und Abstand voreinander halten.

Was für eine Zeit?
Ohne viel Heiterkeit!
Fehlt uns das Licht?
Kein Ende in Sicht?

Es bleibt nur als Losung: [Machen wir das Beste daraus. Bleiben wir zuversichtlich!](#)

Eberhard Aurich
31.12.2021